



INFODIENST

Neues aus Landespolitik und Liga

INHALT

SEITE

| | |
|---|----------|
| LANDESPOLITIK UND LIGA | 2 |
| Von App bis Zeit für Familie. Wir fördern Vereinbarkeit | 2 |
| AWO | 2 |
| AWO fordert: Hartz-IV-System grundlegend reformieren | 2 |
| Familien haben Zukunft – mit mehr Zeit, Geld und Infrastruktur | 3 |
| 12. Mai - Internationaler Tag der Pflegenden | 3 |
| AWO lehnt Regelung zum Familiennachzug ab | 4 |
| DER PARITÄTISCHE | 4 |
| Ein Jahr Bündnis gegen Armut im Alter – die Ziele sind noch lange nicht erreicht | 4 |
| Das System der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland | 5 |
| DIAKONIE BADEN | 5 |
| Aktionstag Pflege Zentrale Kundgebung in Freiburg | 5 |
| DIAKONIE WÜRTTEMBERG | 5 |
| Wahlrechtsausschlüsse diskriminieren Menschen mit Behinderungen | 5 |
| Grundlegende Reform bringt die Pflege vorwärts Diakonie Württemberg legt „7 Thesen zur Pflege mit Zukunft“ vor | 6 |
| DRK | 6 |
| Gestärkte Leitstellen, Personalförderung und moderne Strukturen: DRK-Positionspapier zum Rettungsdienst in Baden-Württemberg | 6 |
| TERMINE | 7 |
| Liga-Trägertagung BTHG (4) | 7 |
| Transnationaler Fachtag „Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit“ | 7 |
| Landestagung 2018 - Beständigkeit durch Wandel - 40 Jahre Landesstelle für Suchtfragen | 7 |
| Landespsychiatrietag - Gemeinsam | 7 |

LANDESPOLITIK UND LIGA

[Von App bis Zeit für Familie. Wir fördern Vereinbarkeit](#)

Lokale Bündnisse für Familie gestalten seit 2004 in ganz Deutschland familienfreundliche Lebens- und Arbeitsbedingungen. Auch in diesem Jahr nehmen sie den Internationalen Tag der Familie wieder zum Anlass, zu ihrem bundesweiten Aktionstag rund um den 15. Mai einzuladen.

Die einfachere Organisation des Familienalltags durch Apps, Kinderbetreuung in Betriebskittas, die Chance auf eine bessere Vereinbarkeit - die Bündnislandschaft und die Projekte jedes einzelnen Lokalen Bündnisses sind so vielfältig wie das Alphabet. Unter dem diesjährigen Motto des Aktionstages „Von App bis Zeit für Familie: Wir fördern Vereinbarkeit.“ wird deshalb das breite Verständnis der Vereinbarkeit von Familie und Beruf aller Lokalen Bündnisse für Familie präsentiert.

Den gesamten Monat Mai zeigen die Lokalen Bündnisse in ganz Deutschland ihre vielfältigen Unterstützungsangebote für Mütter und Väter und für die ganze Familie.

[Weiterlesen...](#)

AWO

[AWO fordert: Hartz-IV-System grundlegend reformieren](#)

20 Forderungen für eine betroffenenzentrierte Reform des SGB II

Berlin, 18. Mai 2018. Die Arbeitslosen- und Sozialhilfe – kurz Hartz IV - sorgt auch nach mehr als 12 Jahren noch für heftige Diskussionen. Nach aktuellen Berichten des Politmagazins Monitor ist es wohl gängige Praxis, den **Hartz-IV-Regelsatz runter zu rechnen. Empfänger müssten demnach monatlich 155 Euro mehr bekommen.** Der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler erklärt dazu:

„Bei den Ärmsten der Armen zu tricksen, um zu sparen, ist mehr als beschämend. Und es zeigt mal wieder ganz deutlich, dass das aktuelle System der Grundsicherung – kurz Hartz-IV – nicht funktioniert. Die AWO fordert eine einfachere, transparentere und betroffenenorientiertere Grundsicherung für Arbeitsuchende. Die Menschen müssen wieder in den Mittelpunkt der Leistung gerückt werden. Sie müssen zuverlässiger und transparenter nachvollziehen können, welche Ansprüche ihnen zustehen und welche Institution verantwortlich ist. Nur so kann es ihnen gelingen, ihre Hilfsbedürftigkeit dauerhaft zu überwinden und aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende in den Arbeitsmarkt zurückzufinden.“

Bis heute fehlt ein Konzept, eine klare Stoßrichtung für eine Grundsicherungsleistung im Sinne der Betroffenen. Das System muss deshalb grundlegend überarbeitet werden, denn seine Bilanz fällt nach mehr als 12 Jahren vernichtend aus. Hartz-IV wurde zum Inbegriff des gesellschaftlichen Abstiegs. Um dem entgegenzutreten, hat die AWO 20 Forderungen für eine Grundsicherung im Sinne der Betroffenen entwickelt.

[\(Ganzen Artikel lesen ...\)](#)

Familien haben Zukunft – mit mehr Zeit, Geld und Infrastruktur

Berlin, 15. Mai 2018. Anlässlich des Tages der Familie am 15. Mai erinnert die AWO an die Bedeutung der Familie für eine funktionierende Gesellschaft. Dazu erklärt der AWO Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: „Auch wenn das Thema Familie in der politischen Diskussion mittlerweile stark aufgewertet wurde, ist das Verhältnis zwischen den Anforderungen an Familien und ihren politischen wie gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nach wie vor nicht ausgewogen. Familienpolitik muss, losgelöst von ökonomischen und demografischen Interessen, auf der Grundlage der Bedürfnisse von Familien und Kindern gestaltet werden.“

Die gesamte Gesellschaft profitiert von den Leistungen der Familien doch deren Risiken werden weitgehend individualisiert. Überfällig ist eine tatsächliche Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber dem, was in Familien erbracht wird, wie z.B. umfassende Erziehungs-, Bildungs-, Sozialisations- und Fürsorgeaufgaben.

Die Forderung des 8. Familienberichts, dass Familien Geld, Zeit und Infrastruktur brauchen, ist mittlerweile breiter gesellschaftlicher Konsens. Kitas und Kindertagespflege als erste Orte öffentlicher Bildung, Betreuung und Erziehung leisten hier einen zentralen Beitrag. Die Qualität dieser Angebote ist dabei ausschlaggebend. Aus Sicht der AWO sind die dafür eingeplanten 3,5 Mrd. Euro lange nicht genug, wenn das aktuell von der Bundesregierung verabschiedete „Gute Kita Gesetz“ seinem Namen gerecht werden soll.

[\(Ganzen Artikel lesen ...\)](#)

12. Mai - Internationaler Tag der Pflegenden

Berlin, den 09. Mai 2018. Alljährlich wird am 12. Mai der Internationale Tag der Pflegenden begangen. „Die Pflegenden sichern immer mehr Menschen Lebensqualität und ein würdevolles Altern. Damit dies so bleibt, müssen sie mehr Zeit für die pflegerischen Tätigkeiten bekommen“, erklärt AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker, kritisiert aber: „Weder die Löhne, noch die Arbeitsbedingungen spiegeln die Bedeutung des Pflegebereiches wider. Will man die Arbeitsbedingungen tatsächlich verbessern, benötigt man zuerst mehr Personal.“

In Erinnerung an die Vorreiterin der modernen Pflege, Florence Nightingale, soll der 12. Mai dazu dienen, die bedeutsame Rolle der Pflegenden in den Diensten und Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegesystems herauszustellen. „Den Pflegeberuf zu ergreifen, ist verbunden mit dem Wunsch, Menschen eine gute Pflege und zugewandte Unterstützung zuteilwerden zu lassen. Erleben Pflegekräfte jedoch dauerhaft eine Diskrepanz zwischen ihrem beruflichen Selbstverständnis und der täglichen Praxis, setzt das bei vielen eine Kette aus Unzufriedenheit, Frustration und auch Erkrankungen in Gang, und kann letztlich auch zum Berufsausstieg führen“, betont Döcker.

Mit ihrem professionellen pflegefachlichen Handeln stellen Pflegefachkräfte eine hohe Pflegequalität sicher, wobei sie aber gleichzeitig zur Wirtschaftlichkeit der Dienste und Einrichtungen beitragen müssen. Die AWO fordert vom Gesetzgeber, die gesetzlichen Voraussetzungen für angemessene Löhne und mehr Pflegefachkräfte in der Altenpflege zu schaffen. Nur so kann es gelingen, mehr Menschen für die Altenhilfe zu begeistern. Die Pflegeversicherung muss so weiterentwickelt werden, dass nicht jede Tarifierhöhung allein zulasten der Heimbewohnenden geht und am Ende immer mehr Menschen zu Sozialhilfebeziehenden werden.

[AWO lehnt Regelung zum Familiennachzug ab](#)

Berlin, 09. Mai 2018. Heute wird das Bundeskabinett die Neuregelung der Großen Koalition zum Familiennachzug bei Flüchtlingen mit subsidiärem Status beschließen. Die AWO hat dazu eine [Stellungnahme](#) verfasst. Dementsprechend kommentiert AWO Vorstandsmitglied Brigitte Döcker die Regelung wie folgt:

„Die Willkommenskultur der Bundesregierung hat den Stresstest nicht bestanden. In ihrer Not greift die Große Koalition nun zu immer restriktiveren Gesetzen. Die AWO lehnt die Regelung zum Familiennachzug bei Flüchtlingen mit eingeschränktem Schutz ab. Das individuelle Recht auf Asyl lässt sich nicht durch eine Kontingentlösung auflösen. Die geplante Regelung, ein monatliches Kontingent von 1.000 Nachzügen einzuführen, dürfte auch juristisch auf Dauer kaum zu halten sein. Die im Gesetzentwurf beschriebenen humanitären Kriterien der Auslese treffen auf so viele Menschen zu, dass letztlich das Kriterium der Integration ausschlaggebend sein wird. Das ist aber weder definiert noch ist geklärt, wer Integrationsaspekte feststellt und wie sie ermittelt und bewertet werden sollen. Zudem ist es unter der Sorge um Familienangehörige in Kriegs- und Krisengebieten sehr schwer, deutsch zu lernen und sich zu integrieren. Bei dieser Regelung besteht die Gefahr willkürlicher und intransparenter Entscheidungen.

[Weiterlesen...](#)

DER PARITÄTISCHE

[Ein Jahr Bündnis gegen Armut im Alter – die Ziele sind noch lange nicht erreicht](#)

Stuttgart 02.05.2018 Das vor einem Jahr von 31 Sozialverbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen in Baden-Württemberg gegründete Bündnis gegen Armut im Alter hat heute im Stuttgarter Hospitalhof zum ersten Jahrestag seiner Gründung bekräftigt, seine Arbeit weiter fortsetzen zu müssen. Die Pläne der großen Koalition zur Rentenpolitik reichen nicht aus, so das Bündnis, um Altersarmut mittel- und langfristig zu verhindern. In einer Podiumsdiskussion mit anschließendem Empfang forderte das Bündnis die SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier und die Landtagsvizepräsidentin und CDU-Abgeordnete Sabine Kurtz auf, sich für dringend erforderliche weitere Reformen einzusetzen. Martin Gross, Landesbezirksleiter ver.di Baden-Württemberg: „Bessere Erwerbsminderungsrenten, Mütterrente II und die Festschreibung des Rentenniveaus bei 48 Prozent bis 2025 sind erste Verbesserungen in der Rentenpolitik. Mit diesen Schritten werden aber die strukturellen Probleme, die ab 2030 zu massenhafter Altersarmut führen werden, nicht einmal ansatzweise gelöst. Jetzt müssen dafür die Weichen gestellt werden. Deshalb wird unser Bündnis weiter Druck auf die Politik machen.“

[Weiterlesen...](#)

Weitere Informationen zum Bündnis: <http://buendnis-gegen-altersarmut.de/>

[Das System der freien Wohlfahrtspflege in Deutschland](#)

Eine Informationsbroschüre des PARITÄTISCHEN für interessierte Organisationen und Einzelpersonen

Das System sozialer Institutionen, Leistungen und Dienste in Deutschland ist stark gegliedert und daher für die Bürger*innen kaum zu durchschauen. Die neue Informationsbroschüre "Das System der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland" des Paritätischen Landesverbandes soll Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sowie interessierten Institutionen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einfach und verständlich einen Einblick in das weltweit einmalige System der Freien Wohlfahrtspflege geben.

[Zur Broschüre...](#)

DIAKONIE BADEN

[Aktionstag Pflege Zentrale Kundgebung in Freiburg](#)

Mit einem bunten Fest auf dem größten Platz Freiburgs hat die Diakonie in Baden gemeinsam mit der Caritas für den Pflegeberuf geworben. Im Rahmen einer bundesweiten Aktionswoche zum Internationalen Tag der Pflege ging es darum, Perspektiven und Chancen des Pflegeberufs aufzuzeigen, und das Image des Berufsbildes zu stärken.

Hunderte Pflegekräfte und mehr als 20 Einrichtungen präsentierten ihre Angebote und informierten Passanten über ihre Arbeit. Ambulante und stationäre Angebote, Freiwilligendienste und Pflegeschulen zeigten, welche Möglichkeiten die christlichen Wohlfahrtsverbände Diakonie und Caritas jungen Menschen bieten.

[Weiterlesen....](#)

DIAKONIE WÜRTTEMBERG

[Wahlrechtsausschlüsse diskriminieren Menschen mit Behinderungen](#)

Presseinformation

Zumeldung zum 9. Mai 2018

1. Lesung zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Vorschriften im Landtag

Diakonie unterstützt Berichts Antrag der SPD-Abgeordneten Sabine Wölfle

Die Diakonie Württemberg unterstützt den Antrag der SPD-Abgeordneten Sabine Wölfle am 9. Mai im Landtag, die bestehenden Wahlrechtsausschlüsse für Menschen mit Behinderungen aufzuheben. Anlass ist der

Gesetzentwurf der grün-schwarzen Landesregierung zur Änderung kommunalwahlrechtlicher Vorschriften, der nicht auf die bestehenden Wahlrechtsausschlüsse eingeht.

Stuttgart, 7. Mai 2018. „Menschen mit Behinderung, für die ein gesetzlicher Betreuer in allen Angelegenheiten bestellt ist, dürfen nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. Dies diskriminiert die Menschen mit Behinderung und schließt sie von einer gleichberechtigten Teilhabe aus“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg. Die Diakonie in Württemberg setze sich für eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung ein. „Das bedeutet auch, dass diese pauschalen Wahlrechtsausschlüsse abgeschafft werden müssen.“

[Weiterlesen...](#)

[Grundlegende Reform bringt die Pflege vorwärts Diakonie Württemberg legt „7 Thesen zur Pflege mit Zukunft“ vor](#)

Eine an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtete und finanzierbare Pflege braucht neue Konzepte. Die Diakonie Württemberg ruft zu attraktiven Arbeitsbedingungen, einer Vernetzung der Angebote im sozialen Nahraum, dem abgestimmten Einsatz von Haupt- und Ehrenamtlichen und der Neuausrichtung der Pflegeversicherung auf. „Pflege ist wertvoll, weil sie Arbeit am Menschen ist“, sagt Oberkirchenrat Dieter Kaufmann, Vorstandsvorsitzender des Diakonischen Werks Württemberg, „damit wir weiterhin Pflegekräfte haben, die dies gerne tun, brauchen wir für sie gute Bedingungen.“ Als Grundlage für einen Diskurs legt die Diakonie Württemberg „7 Thesen zur Pflege mit Zukunft“ vor.

[Weiterlesen...](#)

Weitere Informationen zum Thema Pflege unter www.diakonie-wuerttemberg.de/thema-pflege

DRK

[Gestärkte Leitstellen, Personalförderung und moderne Strukturen: DRK-Positionspapier zum Rettungsdienst in Baden-Württemberg](#)

Das Deutsche Rote Kreuz (DRK) in Baden-Württemberg positioniert sich zum Rettungsdienst der Zukunft. Leitstellen als Partner in gesundheitlichen Notlagen, verbesserte Arbeitsbedingungen, mehr Handlungskompetenzen für Notfallsanitäter sowie Verbesserungen bei der Finanzierung des Krankentransports und bei der Planung im Rettungsdienst, verbunden mit mehr Transparenz: das sind für das DRK die Kernpunkte einer gesicherten Versorgung der Bürger in der Zukunft.

[\(Ganzen Artikel lesen ...\)](#)

TERMINE

Liga-Trägertagung BTHG (4)

zur Information und zum Austausch über die Umsetzungen zum BTHG in Baden-Württemberg

Donnerstag, 7. Juni 2018 von 14:00 -18:00 Uhr

Königstraße 7, 70173 Stuttgart

Ausgebucht!

Transnationaler Fachtag „Strategien gegen Langzeitarbeitslosigkeit“

Freitag, 8. Juni 2018 von 09:30 – 15:00 Uhr

Kursaal Cannstatt

Landestagung 2018 - Beständigkeit durch Wandel - 40 Jahre Landesstelle für Suchtfragen

Mittwoch, 4. Juli 2018 von 10:00 - 17:00 Uhr

Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart

Landespsychiatrietag - Gemeinsam

Samstag, 21. Juli 2018 von 08:15 – 15:30

Büchsenstr. 33, 70174 Stuttgart

IMPRESSUM

Herausgeber:

Liga der freien Wohlfahrtspflege in Baden-Württemberg e. V.

Stauffenbergstr. 3 in 70173 Stuttgart

Telefon: 0711 61967-0

E-Mail: infodienst@liga-bw.de | www.liga-bw.de

Redaktion:

Eva Weiser M.A.